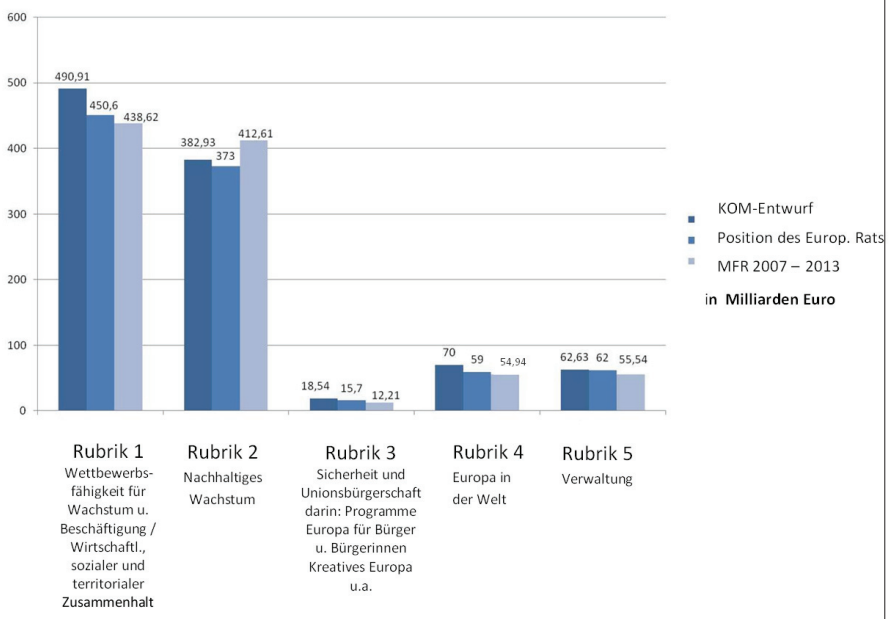
Debatten um den EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre

Auch EU-Kommissarin Vassiliou warnt vor Kürzungen im Kulturbereich

Mit Spannung werden die zähen Haushaltsverhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union für die Haushaltsperiode 2014–2020 verfolgt, denn dadurch entscheidet sich, wohin welche Gemeinschaftszuschüsse in Zukunft fließen werden. Die Staats- und Regierungschefs, die als Europäischer Rat die generelle Ausrichtung der gemeinsamen Politik vorgeben, einigten sich im Februar darauf, das Siebenjahresbudget etwa 6,3 Prozent unterhalb des Vorschlags der Europäischen Kommission und somit 1,5 Prozent unter dem Niveau der aktuellen Haushaltsperiode halten zu wollen. Das Europäische Parlament, das den EU-Haushalt gemeinsam mit dem Finanzministerrat beschließen muss, lehnte die beabsichtigte Kürzung Mitte März ab. Vor dem Sommer ist kaum mit der erforderlichen Einigung der beiden Gremien über den globalen Rahmen zu rechnen. Interessant wird es noch einmal im nächsten Schritt: bei der Verteilung innerhalb der einzelnen Rubriken des EU-Haushalts, aus denen die Förderprogramme und Fonds gespeist werden. Um die Voten der Finanzminister wird in den kommenden Wochen und Monaten vorab auf nationaler Ebene zwischen den verschiedenen Ressorts gerungen. Um zu verstehen, worum es dabei konkret geht, lohnt ein Blick auf die Größenverhältnisse der Haushaltsrubriken und was sich darin verbirgt.

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU nach Rubriken (2014–2020)



Gesamt-Verpflichtungen laut Entwurf der EU Kommission: 1.025 Mrd. Euro
Gesamt-Verpflichtungen laut Position des Europäischen Rats: 960,3 Mrd. Euro
Quelle: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/135379.pdf

Die Grafik zeigt einen Vergleich zwischen der aktuellen Haushaltsperiode (2007–2013), dem Vorschlag der EU-Kommission für 2014–2020 und der Einigung des Europäischen Rats. Die größte der fünf Rubriken besteht aus zwei Positionen und beinhaltet unter »1a – Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung« unter anderem die beiden großen Rahmenprogramme für Forschung und für Bildung. Dies ist der einzige Haushaltsbereich, den der Europäische Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf mit fast 40 Prozent deutlich anheben will. Um ganze 50 Mrd. Euro, also 13,6 Prozent (rund sieben Prozent gegenüber dem IST-Stand) gekürzt werden soll dagegen in der Rubrik »1b – Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt«. Diese Rubrik beinhaltet die Strukturfonds, also den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und damit die Programme für Territoriale Zusammenarbeit (ETZ, bislang INTERREG). Einige der hierin geförderten Maßnahmen zielen auf den Kultursektor, so dass auch dieser von der Kürzung betroffen sein könnte.

Der Bereich, den die Staats- und Regierungschefs gegenüber dem Kommissionsentwurf mit 15,3 Prozent fast am stärksten kürzen wollen (noch stärker nur die EU-Außenbeziehungen, die auch Kulturfördermaßnahmen enthalten), ist zugleich der allerkleinste: Die Rubrik 3 »Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Justiz« enthält unter anderem die Programme »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie das Programm »Kreatives Europa«, darin die zusammengefassten Programme KULTUR und MEDIA plus einen neuen Garantiefonds. Die Rede ist hier von gerade mal knapp 1,8 bzw. gekürzt nur noch 1,6 Prozent des EU-Haushalts. Gegenüber der aktuellen Haushaltsperiode wäre dies allerdings immer noch ein Plus von gut 28 Prozent. In Anbetracht der vielen Aufgaben, die der Kultur als Querschnittsaufgabe, unter anderem als kreativer Motor für Wachstum und Beschäftigung, gerade in Zeiten der Krise zukommen, wie zahlreiche von der EU-Kommission beauftragte Studien und nicht zuletzt auch die gemeinsam und ressortübergreifend beschlossene Europäische Kulturagenda eindrücklich bekräftigen, wäre ein Zuwachs auch im großen Kontext betrachtet nützlich investiert. Daher warnte die für Kultur und Medien zuständige EU-Kommissarin Vassiliou anlässlich der Eröffnung der EU-Kulturhauptstadt Košice eindringlich vor Kürzungen im EU-Kulturbudget. Auch die europäische Organisation Culture Action Europe, deren Mitglied die Kulturpolitische Gesellschaft ist, appelliert mit Nachdruck an das Europäische Parlament, dafür Sorge zu tragen, dass weder die Strukturfonds noch die Ausgaben für Zivilgesellschaft und Kultur gekürzt werden. Die Einsparungen würden sich auf den EU-Haushalt in seiner Gänze kaum in nennenswerter Weise auswirken. Mit diesem Geld kann jedoch gerade im Bereich Zivilgesellschaft und Kultur viel für Europa bewirkt werden.

Sabine Bornemann